

Für ein solidarisches Hamburg

Programm für eine Politik der Aufklärung und des sozialen Fortschritts



Der Hamburger Senat aus CDU/Schill/FDP vertritt eine gesellschaftliche Minderheit. Unter dem beschönigenden Motto "Wachsende Stadt" verschärft er die vollständige Zurichtung von Menschen, Infrastruktur und gesellschaftlichem Leben auf die Verwertungsanforderungen internationaler Kapitalanleger. Es wächst dabei vor allem die soziale Ungleichheit, die Ausgrenzung und die Angst.

Der Rechtssenat verbindet klassisch-konservative staatliche Begünstigung wirtschaftlicher Interessen (v.a. durch einseitige Investitionsentscheidungen und Privatisierung) mit einer gezielten Förderung sogenannter weicher Standortfaktoren in Bildung, Kultur und Stadtentwicklung. Gerade diese Bereiche sollen darauf ausgerichtet werden, national wie international hochqualifizierte ‚Erwerbspersonen‘ anzuwerben. Sie sollen entweder hier sesshaft werden oder später in anderen Metropolen als kapitalkonforme Funktionseλίte tätig sein. Abgesichert und gestärkt wird diese Orientierung durch eine restriktive Sozialpolitik, die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Verteuerung des Wohnraums, antiemanzipative Kultur- und Bildungspolitik und repressive Ordnungsstaatlichkeit. Untrennbar verbunden mit dieser "Wachsenden Stadt" ist daher die Verelendung und Ausgrenzung jener Bevölkerungsteile, die entweder in der zuge-spitzten alltäglichen Konkurrenz unterliegen oder einfach nicht bereit sind, das umfassende 'Jeder gegen Jeden' zum eigenen Maßstab zu machen.

Ziel der Senatspolitik ist, dass die "Metropole Hamburg" zu einem Unternehmen wird, das "human resources", Dienstleistungen und materielle Grundlagen für internationale Konzerne bereitstellt. Den Menschen dieser Stadt soll das Leben in einer solchen 'Metropole der Ausbeutung' im Vergleich zu der – durch diese Politik beförderten - Verelendung der angrenzenden Regionen und erstrecht der Entwicklungsländer anstrebenswert erscheinen.

Die Entwicklungs-Alternative besteht jedoch nicht zwischen prosperierender oder verelender Region; sie besteht auch nicht zwischen Kapitalkonformität oder Ausgrenzung. Zur Entscheidung steht entweder die Billigung und Unterordnung unter die verschärfte Ausbeutung durch die internationale Konkurrenz der 'Wachsenden Städte' oder aber der Kampf für ein solidarisches Hamburg, das Modell und Initiator für eine solidarische Welt ist und wo das Wohl aller Menschen – nicht nur der Hamburger – im Mittelpunkt steht.

Die SPD Hamburg muss deshalb folgende Reformziele verfolgen:

- **Zurichtungs-Stopp:** Alle Maßnahmen des Rechtssenats, die öffentliches Interesse dem Interesse der Wirtschaftsvertreter unterordnen, werden zurückgenommen. Das betrifft insbesondere alle Anstrengungen zur schrittweisen Privatisierung und Entdemokratisierung öffentlicher Einrichtungen (z.B. des LBK, der Berufsschulen, der Hochschulen). Das betrifft ebenso die durch restriktive Finanzentscheidungen von der Schließung und Zerschlagung bedrohten sozialen, wissenschaftlichen und bildungsrelevanten Einrichtungen (z.B. Einrichtungen der Drogen- und Jugendhilfe, die Geschichtswerkstätten, Bücherhallen, IFSH, FZH, Institut für die Geschichte der deutschen Juden).
- **Sozialpolitische Offensive:** Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, dass u.a. die Landesarbeitsämter in der Lage sind, auf regionale Erfordernisse zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit einzugehen. Zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und zur gleichzeitigen Steigerung der Lebensqualität in Hamburg werden im öffentlichen Sektor offene Stellen besetzt und neue Stellen geschaffen. Dabei werden auch Aufgabenbereiche erschlossen, die nicht oder nicht mehr in öffentlicher Hand liegen, insbesondere im Rahmen der Verbesserung der Kinderbetreuung, des Wohnungsbaus und des Verkehrswesens.
- **Gesundheit:** Der LBK bleibt in öffentlicher Hand. Ökonomische Interessen werden nicht Ausschlag geben, über die Qualität und Teilhabe am Schutz und der Wiederherstellung der Gesundheit. Die SPD Hamburg forciert alle Anstrengungen, die auf die Gleichberechtigung aller Menschen in der Gesundheitsfürsorge zielen und unterstützt in der Forschung, kulturellem und beruflichem Leben Maßnahmen zur Prävention von Krankheiten.
- **Gutes Wohnen:** Hamburg braucht mehr erschwinglichen Wohnraum und keine Ghettos - weder für Arme noch für Reiche. Deshalb werden wir gemeinsam mit GWG und SAGA Programme zur Sanierung und Neugewinnung von günstigen Wohnraum starten, der auch für sozial Schwache und gesellschaftlich Benachteiligte zu einer hohen Lebensqualität beiträgt. Dazu dient auch die bedarfsorientierte Gestaltung des Wohnumfeldes.
- **Kinderbetreuung:** Ziel ist eine flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung für alle. Sie ist eine wesentliche Grundlage, Nachteile, die aus sozialer und kultureller Heterogenität erwachsen, frühzeitig auszugleichen. In einem ersten Schritt werden nach sozialer Bedürftigkeit der Eltern Kinderbetreuungsplätze vergeben und die Gebühren der Kinderbetreuung gesenkt.

- **Schule:** Bildung muss für alle Grundlage zu eigenständigem Eingreifen in gesellschaftliche Entwicklungen sein. Sie muss solidarisches Handeln und gewaltfreie Konfliktlösung befördern. Die beruflich-praktische (Vor-) Qualifizierung muss schon in der Schule gewährleistet sein und als integraler Bestandteil umfassender gesellschaftlich relevanter Qualifikation der Einzelnen verstanden werden. Dafür müssen in Hamburgs Schulen sozial und kulturell integrierende Konzepte verfolgt, die Lernbedingungen der Schüler und die Arbeitsbedingungen der Lehrer durch bessere Ausstattung und demokratische Gestaltungsmöglichkeiten nach den eigenen Bedürfnissen verbessert werden. Erforderlicher erster Schritt ist die Rücknahme des neuen Lehrerarbeitszeitmodells.
- **Hochschulen und Wissenschaft:** Die Ziele sind hier gleiche Möglichkeiten des Bildungserwerbs, problembewusste Wissenschaft sowie interdisziplinäre und internationale Kooperation. Wissenschaft und Bildung sind zentral für die kooperative und bewusste Gestaltung der Gesellschaft zum Nutzen aller. Ihre Aufgaben und Methoden müssen daher frei vom Druck der Wirtschaft bestimmt werden; die Finanzierung der Hochschulen und der hochschulnahen Einrichtungen (z.B. Studentenwerk) richtet sich daher nach dem Bedarf und wird staatlich gewährleistet. Die Tätigkeit der Hochschulen und ihrer Einrichtungen muss demokratisch kontrolliert und weiterentwickelt werden. Dafür ist eine Ausweitung demokratischer Beteiligung erforderlich; nur sie stellt sicher, dass die Aufgabenbestimmung am gesellschaftlichen Nutzen orientiert ist. Bildung und Wissenschaft müssen Allen in allen Lebensphasen zugänglich gemacht werden, weil wissenschaftliche Qualifizierung zunehmend über die Möglichkeiten zur aktiven gesellschaftlichen Teilhabe entscheidet; Studiengebühren jeder Art werden daher ausgeschlossen.
- **Für Hochschulen wie Schulen gilt:** Mehr Autonomie erfordert mehr Demokratie!
- **Kultur:** Kulturpolitik muss eine Kultur fördern, die kritisch und demokratisch, das heißt lebensnah und beteiligungsorientiert ist. Nicht der Markt, sondern die Möglichkeit der Einzelnen zur kooperativen kulturellen Weltaneignung zählt. Kultur muss eine höhere Bedeutung für die Gestaltung des 'Alltags' und für die internationale Verständigung haben. Dafür ist die verstärkte Förderung von Kultur in der Jugendarbeit, im öffentlichen Leben, von gesellschaftskritischen Kulturschaffenden und von Kulturstätten erforderlich. Auch hier gilt, dass erst die Freiheit von ökonomischem Zwang kulturelle Entfaltung ermöglicht.
- **Finanzen:** Viele Reformziele erfordern staatliche Investitionspolitik und bedarfsgerechte Förderung von Bildung, Kultur und Sozialem. Das kostet Geld. Die zu erwartende vorerst verstärkte Belastung der öffentlichen Haushalte wird jedoch bewusst in Kauf genommen, weil sie auf beschäftigungs- und konjunkturpolitischen Erfolge zielen, die langfristig eine positive volkswirtschaftliche Dynamik ermöglichen. Zum tendenziellen Ausgleich des Hamburg Haushaltes setzt die SPD Hamburg sich für Besteuerung großer Vermögen, eine in weiten Teilen ertragsabhängige Unternehmensbesteuerung und eine höhere Körperschaftssteuer ein. Während der Rechtsstaat Finanzpolitik gegen die anderen Bundesländer machte, wird die Sozialdemokratie eine Strategie des solidarischen Ausgleichs zwischen starken und strukturschwachen Regionen unterstützen.

Eine solche Politik des sozialen Fortschritts und der Aufklärung kann den vielfach artikulierten Unmut weiter Bevölkerungsteile über die Verschärfung der Konkurrenz und die Verunsicherung über die eigene Lebensperspektive aufgreifen. Er äußert sich u.a. in den Protesten von Schülern, Lehrern und Eltern gegen die Schulpolitik des Senates, in der massiven Kritik an repressiver Ordnungs- und Sicherheitspolitik, in den vielfältigen Aktivitäten gegen die Sparmaßnahmen bei Bildungs-, Kultur- und sozialen Einrichtungen, in der oft kategorischen Zurückweisung der Zurichtung der Wissenschaften und der Künste durch die Hochschulen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Theater.

Die Gemeinsamkeiten in der Ablehnung der Senatpolitik müssen nun herausgearbeitet und fundiert begründet werden; dann können sie Grundlage für eine gemeinsame Perspektive der solidarischen Gestaltung Hamburgs sein. Hier kann und muss die Sozialdemokratie weltanschauliche und organisatorische Orientierung für eine gesellschaftliche Bewegung geben, die strategisch das Ziel verfolgt, allen Menschen ein Leben in Gleichheit, Freiheit und Frieden in einer solidarischen Gesellschaft zu ermöglichen. Die SPD sucht hierbei die Kooperation mit den Gewerkschaften, kritischen Interessenvertretungen, sozialen und kulturpolitischen Initiativen und der Friedensbewegung. Der Kampf gegen die Politik der Rechten, die Analyse und Aufklärung über Ziele, Interessen und Strategien der gesellschaftlichen Gegner wie des eigenen Wirkens und der eigenen Reformen, die eine – wenn auch schrittweise, so doch substantielle – Humanisierung des Alltags bewirken, bilden dafür eine untrennbare Einheit sozialdemokratischer Politik.

Die SPD Hamburg macht sich deshalb auch bundespolitisch stark für eine solidarische Gesellschaft. Sie tritt in der Auseinandersetzung um die Sicherung des Sozialsystems für eine Politik der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten ein. Sie versteht dies als Teil ihres Wirkens, Bedingungen für solidarische Reformpolitik zu schaffen.